parlamentsreport

1–2021

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Über 350 rot-rot-grüne Abgeordnete drängen auf Aufnahme von Geflüchteten

7 Ein notwendiges Buch: Die Initiative NSU Watch zieht Zwischenbilanz

8 Anträge, Anfragen, Ausschussvorlagen: 2020 im Zahlen-Rückblick

Kontinuität

Das neue Jahr hat begonnen, die Hoffnungen darauf, dass es ein besseres werde als das vergangene, sind groß. Was der Kampf zur Eindämmung der Pandemie und ihrer sozialen wie ökonomischen Folgen 2021 noch alles an Herausforderungen mit sich bringt, lässt sich so schwer vorhersagen, wie die Dimension der Corona-Krise vor einem Jahr kaum prognostizierbar war. Das ist nicht im Sinne einer Ausrede gemeint. Wer würde schon ernsthaft behaupten, dass 2020 alles richtig gemacht würde?

Apropos Fehler: Sollten Politiker*innen sich für solche entschuldigen? Unsere Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow hat das zum Jahreswechsel für einen Zeitungsbeitrag so formuliert: „In der DDR-Wendezeit hat der Karikaturist Roland Beier den alten Marx rückblickend sagen lassen: ‚Tut mir leid, Jungs. War halt nur so' ne Idee.' Gesagt war damit auch: Verzeihung entlässt einen nicht aus der Verantwortung. Sollten Politiker*innen heutzutage trotzdem mehr Bereitschaft zum ehrlichen Sorry haben? Es würde wohl nicht schaden. Aber auch helfen? Wenn Entschuldigen das Vergeben eines Fehlers meint, greift die Bitte darum politisch gesehen nicht weit genug. Verantwortung nimmt erst wahr, wer wirklich lernt, wer getroffene Entscheidungen im Lichte neuer Erkenntnisse zu verändern bereit ist. Einsicht ist keine, wenn sie nicht auch praktisch wird."

Zurück zum Ausblick auf dieses Jahr: Eines wird in jedem Fall Kontinuität haben: das engagierte Wirken vieler in Thüringen, ob in der rot-rot-grünen Landespolitik oder der solidarischen Zivilgesellschaft. Vielleicht besteht eine Lehre aus 2020 darin, dieser Mehrheit mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die meist, ohne großen Rummel darüber zu machen, für Zusammenhalt und die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens sorgt. Es ist viel von verantwortungsvollem Handeln die Rede, von den „Systemrelevanten", von denen, die den Laden am Laufen halten. Denken wir auch daran, dass die allermeisten trotz aller Schwierigkeiten und Einschränkungen keineswegs vergessen haben, dass Haltung und Solidarität nicht bloß Abziehbilder für Fassaden sind, sondern Werte, die man dadurch verteidigt, dass man sie lebt. Und das tun Hunderttausende Thüringer*innen. Jeden einzelnen Tag. Dafür auch an dieser Stelle noch einmal und im Voraus für 2021: ein dickes Dankeschön.

Ihre Redaktion

Illustration: maximmmmum/123RF

An Thüringens Türen

Wie mit Organizing politischer Druck von unten gemacht wird. Oder: Wenn Abgeordnete losziehen. Ein Schwerpunkt über Mobilisierung im Stadtteil, im Betrieb und in der Gemeinde.

Linker Ticker

Auf einen raschen Vorschlag zur Regelung eines Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge drängt der LINKEN-Abgeordnete **Sascha Bilay**. „Nachdem der Landtag den Haushalt für 2021 beschlossen hat und somit auch den gemeinsamen politischen Willen aussendet, dass es den Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge geben soll, muss nun der Innenminister zügig einen Vorschlag machen, wie das Vorhaben umgesetzt werden kann.“ Bereits 2019 wurden die Straßenausbaubeiträge gesetzlich abgeschafft. Aufgrund spezieller gesetzlicher Regelungen können die Gemeinden und Städte für einen Übergangszeitraum von vier Jahr noch Beiträge für frühere Baumaßnahmen erheben. Zur Abfederung der finanziellen Lasten soll es einen Härtefallfonds geben. **+++** Für die Stärkung von kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen setzt sich die behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, **Karola Stange**, ein. Anlässlich der Einigung der rot-rot-grünen Koalition mit der CDU zu einer Novellierung des Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, erklärt sie: „Ziel meiner Fraktion ist es, dass es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten hauptamtliche kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung gibt. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass im direkten Lebensumfeld Inklusion und Barrierefreiheit vorangetrieben werden kann.“ **+++** Nach Drohungen gegen Steffen Mensching, Intendant des Rudolstädter Theaters, sowie Mitarbeiter*innen der Spielstätte, haben die LINKE-Abgeordneten **Katharina König-Preuss** und **Katja Mitteldorf** zur Solidarität aufgerufen. Es sei zutiefst besorgniserregend, dass Kritiker*innen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie weder vor Beleidigungen noch vor Übergriffen zurückschrecken. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, dass es bereits seit Monaten im Zusammenhang mit den Aktivitäten der sogenannten Querdenker zu Bedrohungen gegenüber Journalist*innen, Polizist*innen, Politiker*innen oder auch Beschäftigten im Gesundheitsbereich kommt. „Solidarisches Miteinander ist nicht nur angesichts der Pandemie das Gebot der Stunde.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 7. Januar 2021

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Appell der Menschlichkeit

Über 350 Landtagsabgeordnete der LINKEN, der SPD und der Grünen drängen auf humanitäre Aufnahme von Geflüchteten

Foto: Markus Spiske / unsplash

Mit einem Aufruf für die humanitäre Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln haben sich 352 Landtagsabgeordnete der LINKEN, der SPD und der Grünen aus den Parlamenten der Bundesländer kurz vor dem Weihnachtsfest an die Bundesregierung gewandt.

Auch drei Monate nach dem Brand müssten zahlreiche Menschen immer noch unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, heißt es in dem Appell. Es fehle an winterfesten Unterkünften und ausreichender sanitärer Versorgung. Vor allem Kinder seien die Leidtragenden der katastrophalen Zustände. „Uns ist bewusst, dass nur ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das von echter europäischer Solidarität geprägt ist, die Asyl- und Migrationsfrage langfristig lösen kann. Diese europäische Lösung ist jedoch immer noch nicht in Sicht. Die begrüßenswerten Aufnahmen der Bundesregierung reichen noch nicht aus. Deswegen fordern wir als Abgeordnete der Landtage die Bundesregierung auf, sich für die Einhaltung menschen- und europarechtlicher Standards einzusetzen, die Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln in Deutschland zu beschleunigen und die Zusagen angesichts der Aufnahmebereitschaft in Bundesländern, Städten und Gemeinden zu erhöhen“, heißt es in dem Aufruf mit Blick auf die zahlreichen Kommunen und einzelnen Länder weiter, die sich bereiterklärt haben, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen.

Die Landtagsabgeordneten von LINKEN, SPD und Grünen „sehen die Bundesregierung in der Pflicht, uns Ländern und unseren Kommunen, die eine menschenrechtswürdige Unterbringung ermöglichen können und wollen, eine Zusage für die Aufnahme zu erteilen“. Außerdem fordere man die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene verstärkt für eine europäische Lösung einzusetzen, die menschen- und europarechtlichen Standards entspricht. Der Bundesinnenminister müsse zudem „gemeinsam mit aufnahmebereiten Ländern und Kommunen einen konstruktiven Weg für die zukünftige Aufnahme von Geflüchteten anstoßen und vorantreiben“. Außerdem solle die Bundesregierung „die verstärkte Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland beschleunigen und sich gegenüber weiteren EU- Mitgliedsstaaten dafür einsetzen, dass sie Schutzsuchende freiwillig aufnehmen“. *PR*

Der Etat trägt eine linke Handschrift

Landtag beschließt Etat 2021 / Hennig-Wellsow: Lehren aus Corona ernst nehmen

Drei Tage vor Weihnachten hat der Thüringer Landtag den Haushalt für das Jahr 2021 beschlossen. Ein Kraftakt und eine durchaus historische Leistung, wie die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, nach der Abstimmung bilanzierte.

„Mit dem Haushalt für das Jahr 2021 setzt Rot-Rot-Grün den Weg von verantwortungsvoller Stabilität und sozialer Sicherheit fort. Der Etat trägt eine linke Handschrift: Investitionen in nachhaltiges Wirtschaften und Energiewende, Stärkung des Gesundheitssektors und der Pflege, Ausbau des Bildungsbereichs und der Kindergärten, Sicherung von Demokratie und Zivilgesellschaft, Unterstützung der Städte und Gemeinden im Freistaat – das sind nur einige der Schwerpunkte in diesem Haushalt“, so Hennig-Wellsow.

Auch in einem Jahr großer Herausforderungen habe die von der LINKEN geführte Koalition das Interesse der Menschen im Freistaat an erste Stelle gestellt, so die Fraktionsvorsitzende weiter. Hennig-Wellsow erinnerte daran, dass zu Beginn des Jahres viele der Auffassung waren, eine Minderheitsregierung werde nicht funktionieren: „Dann kam noch die Corona-Pandemie dazu. Wir haben das Land gut durch die Krise gesteuert. Und in diesen harten Zeiten sogar einen Haushalt auf die Beine gestellt, der sich sehen lassen kann. Unter schwierigen Bedingungen ist es uns gelungen, unter Einbeziehung der CDU einen Etat zu beschließen, der ein soziales Thüringen mit Zukunft sichert. Das ist eine gute Nachricht für alle Thüringerinnen und Thüringer.“

Als erste linksgeführte Minderheitsregierung, die mit einer CDU übereinkommen muss, sei sich Rot-Rot-Grün selbst stets treu geblieben. „Wir LINKE haben einen Kompass, der uns auch in in diesem Jahr der Krisen die Richtung wies: Strukturwandel und Transformation, Fortsetzung der bildungspolitischen Reformen, ökologischer Umbau und soziale Verbesserungen, Einsatz für Demokratie und eine offene, solidarische Gesellschaft – darum ist es uns an jedem Tag dieses zu Ende gehenden Jahres gegangen“, so die Fraktionsvorsitzende.

Hennig-Wellsow mahnte zugleich, die Lehren aus der Corona-Krise ernst zu nehmen. Der Bedarf weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen sei auch angesichts von Klimakrise und dem durch Digitalisierung, Energie- und Mobilitätswende beschleunigten Strukturwandel groß. „Wir werden diese Weichenstellungen erfolgreich meistern, wenn wir die Menschen für Veränderungen begeistern können“, so die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Wandel braucht Hoffnung, dass er gelingen kann. Und er braucht Mut zum Machen.“ *PR*

Foto: AnnaER / pixabay

Gleichstellung bleibt das Ziel

Anteil von Frauen in kommunalen Wahlämtern zu gering und sogar rückläufig

Im gerade vergangenen Jahr spielte der Anteil von Frauen in politischen Ämtern und in Parlamenten eine wichtige Rolle. Ob in der Debatte über die Paritätsgesetze in Thüringen und Brandenburg oder anlässlich von Statistiken, mit denen die immer noch mangelnde Repräsentation von Frauen in der Politik. Im Oktober sorgten dann aktuelle Zahlen für Schlagzeilen. Das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage: Frauen sind in kommunalpolitischen Führungspositionen so stark unterrepräsentiert, dass nicht einmal jede zehnte der rund 11.000 Städte und Gemeinden eine Frau an der Spitze haben.

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag interessierte sich daraufhin für die Situation in den Thüringer Kommunen. Inzwischen sind Antworten der Landesregierung eingegangen, die Ergebnisse sind für die Landtagsabgeordneten Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellungspolitik, und Sascha Bilay, Sprecher für Kommunalpolitik, „ein gesellschaftspolitischer Skandal“.

2020 waren im Freistaat in den 17 Landkreisen lediglich fünf Landrätinnen im Amt, was einem Anteil von 29,4 Prozent entspricht. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Landrätinnen lediglich 17,6 Prozent. In den sechs kreisfreien Städten Thüringens regiert derzeit lediglich eine Frau als Oberbürgermeisterin, während es vor zehn Jahren keine Oberbürgermeisterin in Thüringen gab. In den kreisangehörigen Gemeinden und Städten sind derzeit 91 Frauen als Bürgermeisterinnen im Dienst, was einem Anteil von weniger als 15 Prozent entspricht. Im Jahr 2010 betrug der Anteil von Frauen in diesen Funktionen noch 17 Prozent.

Auch die leicht rückläufige Tendenz in den letzten zehn Jahren wird von der Linksfraktion als problematisch angesehen. „Wir stellen fest, dass der gesellschaftliche Anspruch an Gleichstellung von Frauen und Männern in herausgehobener politischer Verantwortung nicht mit der Realität Schritt hält. Hier müssen wir auf Landesebene gesetzlich nachsteuern“, so Stange und Bilay.

Die Linkspolitiker verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Debatte um einen höheren Frauenanteil in der Landespolitik. Die Hinweise des Landesverfassungsgerichtes aus dem Sommer 2020 zum Paritätsgesetz werde DIE LINKE aufgreifen und ein neues Gesetz zur Förderung von Frauen in der Politik diskutieren. Dabei müsse in Kenntnis der jetzt vorliegenden Daten auch die Kommunalpolitik in den Blick genommen werden. „Wir können es nicht hinnehmen, dass die Hälfte der Gesellschaft zu weniger als einem Fünftel in politischen Ämtern repräsentiert wird. Mehr Frauen in der Politik würde nach unserer Überzeugung auch zu mehr Solidarität, Familienfreundlichkeit und Transparenz bei politischen Entscheidungen führen“, betonten die LINKEN-Abgeordneten.

Die eingangs zitierte bundesweite Umfrage hatte auch Erkenntnisse über die Gründe für die mangelnde Vertretung von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern aufgezeigt. So wurde sichtbar, dass Frauen bereits bei der Bewerbung um ein politisches Amt struktureller Benachteiligung ausgesetzt sind. Doppelbelastung von Frauen durch Erwerbs- und Familienarbeit, immer noch bestehende Geschlechterstereotype, die Frauen als Kümmernde statt als Führende einordnet und daraus resultierende Aufgabenteilung auch innerhalb einer Partei, sowie Männerbünde im politischen Betrieb führen dazu, dass so wenig Frauen den Weg in politische Ämter und Mandate finden. Zu den größten Herausforderungen gehören für Stange und Bilay das Aufbrechen von Geschlechterstereotypen, die Lösung von Männerbünden und damit auch das Teilen von politischer Macht im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit. Man werde sich weiter gezielt für die Stärkung des Frauenanteils in der Politik einsetzen.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an das Gebot zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung zugunsten von Frauen, wie es in Artikel 2 der Thüringer Verfassung verankert ist. „Dieses Gebot verpflichtet alle Akteurinnen und Akteure in Staat und Gesellschaft zu konkreten Maßnahmen, um bestehende Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen und die gleiche Teilhabe von Frauen am Leben der Gesellschaft umfassend zu fördern. Dazu gehört auch die Nutzung von Paritätsregelungen“, so hatte es die LINKEN-Abgeordnete Anja Müller nach dem negativen Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Thüringer Paritätsgesetz formuliert.

Gleichstellung ist allerdings nicht nur bei Wahlen oder der Besetzung von politischen Ämtern eine Herausforderung. So gehe es zum Beispiel auch darum, sagt Anja Müller, „die Arbeitsabläufe in politischen Gremien frauen- und familienfreundlicher zu gestalten, um auch dadurch Frauen zu mehr politischem Engagement zu bewegen.“ *PR*

Verantwortung tragen wir alle

Zum Urteil gegen den antisemitischen Attentäter von Halle

„Mindestens ein Mensch ist hier schuldig. Aber Verantwortung trägt die ganze deutsche Gesellschaft. Die Rechtsanwälte, Richter, Polizeibeamten in diesem Gerichtssaal, die Politiker, ja, sogar die Nebenkläger – wir alle sind verantwortlich dafür, eine bessere, gerechtere Gesellschaft aufzubauen.“

So hat es Jeremy Borovitz, ein Überlebender des rechtsterroristischen Anschlags von Halle in seinem Schlusswort zum Prozess formuliert. Im Oktober 2019 hatte ein fanatischer Antisemit am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur versucht, in der Synagoge in Halle dutzende Jüdinnen und Juden zu ermorden.

Ende Dezember 2020 erging das Urteil gegen den Mann. Die Abgeordnete Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärte dazu: „Der Halle-Prozess hat – gerade auch im Vergleich zum NSU-Prozess – neue, richtige Maßstäbe im Umgang mit Betroffenen rechter, antisemitischer, rassistischer und antifeministischer Straftaten gesetzt, welche ich mir so künftig für andere – auch in Thüringen anstehende – Prozesse wünsche.

Für die Betroffenen standen extra Räume – getrennt von Besucher*innen und Journalist*innen – zur Verfügung, in die sie sich zurückziehen konnten, ebenfalls wurde ihnen ermöglicht, Vertrauens- und Begleitpersonen mit in den Prozess zu nehmen. Auch wurde den Opferberatungen die kontinuierliche Teilnahme am Prozess ermöglicht. Das Agieren des Gerichts in Magdeburg bezüglich des Umgangs mit Betroffenen sollte bundesweit als Vorbild für solche Prozesse gelten.“ Die Abgeordnete wird dazu entsprechende Gespräche mit dem Thüringer Justizminister führen.

König-Preuss bedankt sich bei den Betroffenen und Nebenklageanwält*innen, denen es gelungen ist, erstmals in Deutschland die Betroffenen-Perspektive als die maßgebliche – nicht nur im Prozess, sondern auch in der medialen Rezeption – in den Vordergrund zu stellen. „Die Selbstermächtigung der Betroffenen und die Solidarität, die auch durch die täglichen Kundgebungen vor dem Gericht bildlich wurde, sollte ebenso wie deren Forderungen zum Anspruch und Maßstab jeglichen nun folgenden politischen und gesellschaftlichen Handelns werden.“ *PR*

Die ausführlichen Schlussworte der Nebenkläger*innen sind unter: https://democ.de nachlesbar.

Der Begriff Organizing kommt aus der politischen Arbeit und bedeutet, dass Menschen geholfen wird, sich zusammenzuschließen, um für gemeinsame Interessen zu kämpfen. Das geht nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im eigenen Wohnhaus oder der Schule.

An Thüringens Türen

Organizing: Was Bernie Sanders mit dem Erfolg der LINKEN im Freistaat verbindet

Nein, Bernie Sanders lebt nicht in Thüringen. Alexandria Ocasio-Cortez ist aus New York, nicht aus Erfurt, Weimar oder Jena. Nach den US-Wahlen im November 2020 sagten beide, dass der Erfolg der Demokratischen Partei und von Joe Biden ohne „Grassrooting“ und „Organizing“ nicht möglich gewesen wäre. „Die Wahl von Biden hat die politischen Bedingungen zur Verbesserung der Lebensumstände von Millionen Amerikaner:innen erleichtert!“, sagte Bernie Sanders kurz nach den ersten Auszählungen. Er bedankte sich ausdrücklich bei den Wahlkämpfer:innen für die Arbeit an der Basis der Wähler:innen, das Klopfen an den Haustüren („Housedoorknocking“) und die unzähligen Telefonanrufe bei potenziellen Wähler:innen („Phoning“). Ohne diese und weitere Aktivitäten gemeinsam mit den Menschen im Wahlkampf wäre der Vorsprung von Biden nicht möglich gewesen.

Schon vor Jahren formierte sich in den USA für alle sichtbar eine neue Bewegung für soziale Veränderung. Im September 2014 zogen mehr als 400.000 Menschen durch New York und forderten entschlossenes Handeln zur Bekämpfung der Klimakrise, angeführt von Arbeitslosen, Indigenen und anderen People of Colour. Der Hashtag #BlackLivesMatter führte bereits vor der Tötung George Floyds am 25. Mai 2020 durch einen weißen Polizisten im Sommer 2020 zu Demonstrationen gegen Polizeiwillkür, für die Rechenschaftspflicht der Polizei, gegen die rassistische Gewalt im US-Strafrechtssystem. Niedriglohnempfänger:innen begannen, sich zu organisieren, Mindestlohn wurde gefordert.

In düsteren Zeiten war das ein Schimmer der Hoffnung, auch durch geduldiges Organizing erreicht. Und eben diese Methode, das von Bernie Sanders weiter geforderte geduldige „Grassrooting“, das „Housedoorknocking“, das „mit den Leuten reden“ wurde erfolgreich von den LINKEN in Thüringen in den Wahlkämpfen und Auseinandersetzungen nach 1990 angewandt. Nicht immer konsequent, nicht immer perfekt – und nicht immer so genannt. Aber trotzdem: Nähe.Vertrauen.Hoffnung. Das ist der lange, oft mühsame Thüringer Weg des Erfolgs. Von 9,7 im Jahr 1990 auf 31 Prozent 2019.

Eisenach im Frühjahr 2018: Die LINKE Katja Wolf muss Oberbürgermeisterin bleiben. Die vergangenen sechs Jahre mit ihr an der Spitze dieser Stadt im Westen Thüringen lohnten sich für die 42.000 Einwohner:innen. Über 47 Prozent wählten sie darum bereits im ersten Wahlgang. Der CDU-Bewerber verlor dramatisch über 20 Prozent, ein SPD-Kandidat erreichte 19,3 Prozent. Die Rechtsradikalen von der AfD erzielten über 15 Prozent. Die Stichwahl mußte sein, da niemand unter den Kandidierenden mehr als 50 Prozent der Stimmen erzielte. Während ihr Gegenkandidat mit einer Plakatschwemme um Stimmen buhlte, entschied sich Katja Wolf für einen anderen Weg. Sie war die Oberbürgermeisterin zum Anfassen. Sie ging – wie immer – täglich einkaufen und sprach zwischen Supermarktregalen und an der Kasse mit den Menschen ihrer Stadt. Sie fuhr mit dem Linienbus und redete während der Fahrt mit den anderen Fahrgästen. Sie klingelte an über 2.000 Haustüren Eisenachs, einer Stadt mit 27.000 Haushalten, warb im Gespräch für ihre Politik. Sie nahm Forderungen, Anregungen und Vorschläge für die weitere Arbeit auf.

Zwischen zwei Haustüren traf sie in einer Bäckereifiliale auf eine Verkäuferin. „Einen Kaffee? Gern. Mit oder ohne Milch?“ Die Bäckereiverkäuferin freute sich, ihre Oberbürgermeisterin so zwanglos zu treffen und versprach sie zu wählen – „...aber Frau Wolf, diese Flüchtlinge...“

Die Kollegin berichtete aus ihrem Alltag: Täglich Überstunden, ohne je eine Überstunde bezahlt zu bekommen. Eine kleine Wohnung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, ganz nett. Allerdings würden im gleichen Haus jetzt drei von den (damals) rund 3.000 Menschen ausländischer Herkunft in Eisenach wohnen. Die Kollegin, die für einen völlig unzureichenden Mindestlohn auch aus Angst um den Arbeitsplatz jeden Tag unbezahlt schuftete, erlebte nun unmittelbarer Nachbarschaft eine Gruppe von Menschen mit „fremdartiger Geselligkeit“. Sie konnten sich trotz der vielen Freizeit – sie durften nicht arbeiten – Konsumwünsche erfüllen: „Gerade neulich haben sie sich so einen schicken Flachbildfernseher gekauft. Ich hab’ immer noch meinen ollen Luxotron aus der DDR...“

Katja Wolf hörte zu. Sie empfahl dringend die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, um gemeinsam und auch

Bewegung der Hinterhöfe

Am 14. Juli 1939 rief Saul D. Alinsky zur ersten Versammlung der „Bewegung der Hinterhöfe“ in den Armenvierteln von Chicago auf. So wurden die Bewohner befähigt und bestärkt, aktiv für ihre eigenen Interessen und oft gegen die Interessen großer Unternehmen, einzelner Unternehmer oder mächtiger staatlicher Einrichtungen vorzugehen. Eine der vielen Geburtsstunden des Organizing. Auch die großen Gewerkschaften in den USA setzen auf diese politische Methode: Organizer werden ausgebildet, deren hauptamtliche Arbeit darin besteht, in Betriebe mit niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und zumeist geringem Organisationsgrad zu gehen und die Beschäftigten für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu gewinnen. Im zweiten Schritt wird dann gemeinsam mit den Beschäftigten ein Arbeitskampf für vorher konkret definierte Ziele organisiert, in den die Beschäftigten zumeist auch stark eingebunden sind. US-Gewerkschaften konnten so in den letzten Jahrzehnten mehrere Millionen neuer Mitglieder gewinnen.

juristisch unterstützt, die skandalöse Bezahlung anzugehen. In der Flüchtlingspolitik sei manche übereilte Entscheidung zu überdenken, so die Oberbürgermeisterin weiter. Doch das gemeinsame Leben mit Menschen aus allen Ländern der Erde sei zu lernen – und bei den Zuständen in den Herkunftsländern der Geflüchteten auch nicht zu ändern. Die Stadt werde ihre Bemühungen hier weiter entwickeln. Die Oberbürgermeisterin blieb ihrer Grundposition treu: Geflüchtete Menschen sind auch in Zukunft in Eisenach willkommen. Ihnen wird hier geholfen. Und sie versprach, sich um Konzepte zu kümmern, die das Zusammenleben der Menschen aus verschiedenen Nationen zu einem manchmal mühseligen, aber bereicherndem Erleben werden lassen können. Das gehört zur DNA linker Politik. Anderes wird linken Politiker:innen auch nicht geglaubt: „Na klar, ich wähle Sie! Tschüß, Frau Wolf!“

Die Bäckereifachverkäuferin war mit ihrer Entscheidung für Katja Wolf in Eisenach am 14. April 2018 nicht allein. 58 Prozent der Wähler:innen stimmten in der Stichwahl für sie, der Mitbewerber schaffte 42 Prozent. Auch dieser Erfolg war Grund genug, für das organisierte Gespräch, für das Organizing, den Haustürwahlkampf unter den Abgeordnet:innen der Linksfraktion im Thüringer Landtag zu werben. Ganz im Sinne von Dieter Strützel, der der Partei und ihren Amts- und Mandatsträger:innen bereits 1997 die Aufgabe stellte, für die Menschen Eingriffs-, Mitbestimmungs- und Handlungsmöglichkeiten zu schaffen, damit unsere Nachbar:innen und Kolleg:innen ihr Leben so gestalten können, wie sie möchten. Damit Demokrat:innen nachwachsen.

Die Kandidat:innen bilden die Trägerstruktur in der politischen Kommunikation im Wahlkampf. Schön, dass sich einige im Landtagswahlkampf von der Idee anstecken ließen und so an die Thüringer Tradition der Partei DIE LINKE. und ihrer Vorgänger:innen anknüpften. Gut, dass viele ihrer Mitarbeiter:innen und Mitglieder vor Ort mitzogen. Wir waren mit Sabine Berninger und Robin Schünemann im Weimarer Land unterwegs. Wir klingelten mit Ute Lukasch und Marcel Buhlmann in Nöbdenitz und Greiz an den Haustüren. In Hildburghausen sprachen Steffen Harzer, Tilo Kummer, Sabine und Matthias Günther mit den Menschen an ihren Wohnungstüren. Wir waren in Erfurt in den Neubaugebieten unterwegs. In Jena warben wir auch so für mehr Personal im Universitätsklinikum: Wir sprachen mit Dmitri Zelenin und anderen die Menschen direkt vor und auf den Fluren der Klinik an: Ärzt:innen, Pfleger:innen, Fachpersonal, Patient:innen und Besucher:innen. „#LenafürJena!“ hieß es wenige Monate vorher, als die heutige LINKE-Landtagsabgeordnete Lena Saniye Güngör auch an den Haustüren ihrer Stadt für ihre Kandidatur zur Ortsteilbürgermeisterin für Jena-Zentrum warb.

Von Jena nach Westthüringen, 100 Kilometer weiter: Kati Engel, Marcel Brader und Thomas Engel waren in Eisenach auch nach der erfolgreichen OBin-Stichwahl weiter aktiv – und klingelten. In Schmalkalden-Meiningen waren wir mit Ronald Hande dabei, mit Anja Müller in Bad Salzungen und anderen Gemeinden des Wartburgkreises. In Ilmenau an der Uni waren Christian Schaft und Julian Degen unterwegs, kreuz und quer über den dortigen Campus. Gut, dass sie immer in ihr lebendiges, cooles politisches und kulturelles DIE LINKE-Zentrum zinxx einladen können! In Nordhausen halfen wir zusammen mit dem LINKEn-Abgeordneten im Kreistag Tim Rosenstock und mit Ann-Sophie Groß den Kandidat:innen Katja Mitteldorf und Birgit Keller, der heutigen Landtagspräsidentin. In Eisenberg waren wir mit Steffen Much und Genoss:innen an den Türen. In Mühlhausen ging es gemeinsam mit Steffen Thormann in ein Neubaugebiet. Wir unterstützten die Mieterinnen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Erfurt und sammelten mit Susanne Hennig-Wellsow und Katja Maurer, mit Leon M. Walter, Marion Ohliger, Matteo Wieczorek, Ursula Renziehausen und Stefanie Horlitz Unterschriften gegen die Übertragung dieser KOWO an die Stadtwerke Erfurt. „KOWO bleibt!“ forderten wir gemeinsam mit den Mieterbeirät:innen im Wahlkampf, sammelten über 8.000 Unterschriften – und gewannen.

Diese Kampagne begann jedoch mit einer sehr gut besuchten Veranstaltung der Landtagsabgeordneten Karola Stange in Erfurt-Rieth, mitten in ihrem Wahlkreis. Die Neubaublöcke mit den Wohnungen der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft prägen das Bild dieses Stadtteils. Und Karola Stange ist aus Rieth auch nicht wegzudenken: vie-

Organizing gegen Rechts

Breite antifaschistische Proteste sind wichtig, benötigen allerdings immer eine Verankerung in der Nachbarschaft, auf dem Fussballplatz oder im Jobcenter. Organizing-Konzepte bieten eine gute Chance, mit Menschen solidarisch und auf Augenhöhe in ihrem Alltag kleine bis größere Veränderungen zu ermöglichen. Vorgestellt werden sechs verschiedene linke Gruppen und die Chancen, Schwierigkeiten und Handlungsmöglichkeiten ihrer politischen Arbeit. Das Buch zielt schließlich auf eine solidarische Gesellschaft ab, die sich erfolgreich gegen extrem Rechte, deren Hetze und Strategien wehren kann.

Dana Fuchs, Christoph Muck: Antifa heißt Anruf! Organizing als Strategie gegen Rechts, Unrast Verlag Münster 2019, 164 Seiten, 12,80 Euro.

Ein Schneeball, eine Lawine

Gemeinsam mit aktiven Mitgliedern verbessern wir unsere Fähigkeiten des Organizing, erfahren, wie wir neue Mitstreiter*innen ansprechen, gewinnen und halten können. Im Zentrum stehen Stadtteilarbeit und Haustürbesuche. Zwischenzeitlich haben über 30 Kreisverbände begonnen, solche Projekte auf den Weg zu bringen. Der Schneeball, der hier geworfen wurde, hat eine erste kleine Lawine ausgelöst. Basisgruppen greifen diesen Ansatz auf. Derartige Maulwurfsarbeit dauert Jahre und ihre Bedeutung wird oft unterschätzt. Das ist ein Fehler, der dazu führen kann, dass Großorganisationen und Parteien irgendwann zu blutleeren Skeletten ohne aktive Mitglieder werden. Umgekehrt werden die Früchte der organisierenden Arbeit an der Basis mittel- bis langfristig zu sehen sein.

aus Bernd Riexinger: System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal, Verlag VSA Hamburg 2020, 144 Seiten, 12 Euro.

Arbeitskämpfe und Solidarität

Arbeitskämpfe brauchen das Bild der Solidarität mit vielen Menschen auf der Straße. Um die Auseinandersetzung aber nicht nur zu führen, sondern sie auch zu gewinnen, bedarf es einer Strategie, die die Beschäftigten mobilisiert und die Gegenseite wirtschaftlich und öffentlich unter Druck setzt. Erfolgreiche Arbeitskämpfe kombinieren drei Faktoren: Mächtigkeit, Mobilisierbarkeit und Wirksamkeit. Welcher in der jeweiligen Auseinandersetzung besonders ausgeprägt ist oder weiterentwickelt werden muss, ist im Vorfeld jeweils zu prüfen und mit entsprechenden Maßnahmen anzugehen. Das gilt für tarifliche Kämpfe ebenso wie für Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen sowie zu Anliegen und Themen der Beschäftigten, die nicht tariflich zu regeln sind.

Peter Renneberg: Anleitung zum Arbeitskampf. Theorie, Strategie, Praxis, Verlag VSA Hamburg 2020, 160 Seiten, 14,80 Euro.

Transformatives Organizing

Transformatives Organizing ist ein spezieller Ansatz im Organizing, der einzelne Kampagnen mit einer Analyse des zugrunde liegenden Systems von Ausbeutung und Unterdrückung in Beziehung setzt. Die Ziele, die Freiheit aller Menschen zu erreichen, den Kapitalismus zu transformieren, sind der zentrale Kern dessen, wofür sich die Organizing-Projekte engagieren. Gleichzeitig möchte transformatives Organizing die einzelnen Individuen transformieren, die sich in dem Prozess engagieren, neue Organisationen aufzubauen und Kampagnen zu entwickeln.

aus: Robert Maruschke: Linkes Organizing. Interviews und Arbeitsmaterialien, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2019.

le Mieter:innen kennen sie persönlich, wissen um ihr Engagement und die konkreten Hilfen im Alltag. Die Bewohner:innen, die sich um zukünftige mögliche Mieterhöhungen sorgten, hörten von Karola Stange: KOWO bleibt!

Die Veranstaltung war der Startschuss für Unterschriftensammlungen an Haustüren, vor Einkaufszentren, auf Strassen und Plätzen in Erfurt. Alleine im Wahlkreis Erfurt II waren wir mit 22 Genoss:innen aus fünf Bundesländern an 1.191 Haustüren und haben fast 600 Gespräche geführt: Guten Tag, ich komme von der LINKEn, die KOWO muss bleiben, bitte hier unterschreiben, am 27.Oktober Bodo wählen! Der erste Schritt in eine mögliche Privatisierung wurde so verhindert. Und: Bodo und DIE LINKE. wurden gewählt.

Alle Erfurter Wahlkreise wurden durch DIE LINKE direkt gewonnen, Bodo Ramelow und Susanne Hennig-Wellsow, Karola Stange und André Blechschmidt sind direkt gewählte Erfurter Abgeordnete. Klar, dieses Ergebnis wurde nicht nur diese Kampagne erzielt. Wahlen werden nicht allein im Wahlkampf gewonnen, sondern in den Jahren zwischen den Wahlen. Aber das Ergebnis ist Ausdruck der erfolgreichen und für die Mehrzahl der Menschen nützlichen Arbeit der Abgeordneten, des Ministerpräsidenten, der Minister:innen und der Partei in den vergangenen Jahrzehnten – aber das Klingeln und die damit verbundenen Gespräche erinnerten die Wählerinnen und Wähler daran. So wurden unsere Plakate, Zeitungen, Spots und Social Media lebendig.

Wir waren im Wahlkampf in 24 Gemeinden und Landkreisen an tausenden Türen – meistens mit der Bitte, zur Wahl zu gehen und Bodo Ramelow zu wählen. So wird die Wahlbeteiligung erhöht, so werden unsere Kandidierenden gewählt. So wachsen Demokrat:innen nach. So werden Wahlen gewonnen. In Thüringen – und in den USA.

Organizing ist die Aufforderung Dieter Strützels, Möglichkeiten, Eingriffsmöglichkeiten, Handlungsmöglichkeiten, Selbstbestimmungsmöglichkeiten für die Menschen zu schaffen. Organizing ist die Methode von Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders in den USA, die mit der Wahl von Joe Biden gewonnenen Spielräume für die Vielen zu nutzen: For The Many – Not The Few. Dabei stützen sich die Wahlkämpfer:innen in Thüringen auf eine erfolgreiche Tradition demokratischer Kämpfe. Sie führten auch dazu, dass DIE LINKE und ihre Vorläufer:innen von 9,7 Prozent auf 31 Prozent in der Wähler:innengunst wachsen konnten. Die Partei war nützlich für die Vielen, sie macht sich nützlich, indem sie sich gemeinsam mit ihnen für bessere Zustände einsetzt. Auch im Alltag: Wir machen‘s gerecht.

Noch ein Beispiel? Dezember 2018, noch 10 Monate bis zur Landtagswahl im Oktober 2019. In der kleinen Thüringer Kurstadt Bad Langensalza streiken seit 21 Wochen die Kolleginnen der dortigen Celenus-Klink für ihren Tariflohn. Der wird ihnen von der Leitung des Klinikkonzerns im fernen Offenburg bisher verweigert. Die heutige Landtagsabgeordnete Cordula Eger ist an vielen Samstagen mit ihren Genoss:innen und einem Infostand auf dem Marktplatz der kleinen Stadt. Sie sprechen die Menschen an, sammeln Unterschriften unter die Forderung nach Tarifbezahlung. Sie klingeln an den Haustüren. DIE LINKE. macht klar, dass mit der Verwirklichung dieser Forderung auch die Frage nach der Zukunft Bad Langensalzas als Kurort beantwortet wird: Welche Therapeutin, welcher Pfleger mag schon in einem Kurort arbeiten, in dem eine der größten Kliniken die Maßstäbe verrückt – und keinen Tariflohn bezahlt? Wenn Bad Langensalza langfristig Kurort bleiben soll, muss Celenus Tarif bezahlen! Sonst verlassen die Pflegekräfte den Ort! Die Kolleg:innen waren erfolgreich, ihr langer Kampf lohnte sich: Schön, dass heute eine von ihnen Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Bad Langensalzas ist: Die Interessen des Kurorts sind in kundigen Händen.

Doch wie geht das eigentlich ganz praktisch – dieses Organizing? Zunächst einmal werden die Gebiete herausgesucht, in denen wir aktiv werden wollen. Das ist das Mapping: Stadtteile, Straßen, Hausnummern bestimmen. Aufzeichnen, wo wir aktiv werden wollen. Reaktionen festhalten, nach der zukünftigen Intensivierung des Kontaktes fragen. Immer da, wo DIE LINKE. schon erfolgreich war, wo ihre Wahlergebnisse gut waren, klingeln wir und fragen nach. Oder auch dort, wo die Wahlbeteiligung gering war.

„Guten Tag, ich bin Mitglied der Linken. Unsere Abgeordnete Susanne Hennig-Wellsow und mich interessiert, wo bei Ihnen hier im Wohngebiet der Schuh drückt...?“

So sammeln wir Erkenntnisse, die wir im zweiten Schritt in eine Forderung umsetzen, für die wir dann an denselben Türen später Unterschriften sammeln. So werden weitere Mitstreiter:innen für die politischen Anliegen gewonnen. Gemeinsam mit den „Neuen“ werden die weiteren Schritte festgelegt, gemeinsam mit ihnen werden die Erfolge gefeiert. So wie es DIE LINKE in Bad Langensalza machte, als sie die streikenden Kolleg:innen gemeinsam mit der Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Thüringer Landtag zu einem Sommerfest einlud, um Erfolg und Ausdauer zu würdigen.

Mit dem Stein und mit der Schleuder, schlug einst David Goliath – heute nutzt er Klemmbrett, Kugelschreiber und Mundwerk, um Goliath immer fester an die Kette zu legen. Organizing. In den USA im November 2020. In Hamburg vor fünf Jahren anlässlich eines erfolgreichen Volksentscheids gegen die Olympiabewerbung der Stadt. Sie drohte, die soziale Spaltung zu vertiefen. Und auch in Thüringen. Damit Demokrat:innen nachwachsen.

Rainer Benecke

Die ungekürzte Fasssung dieses Textes finden Sie im Internet unter die-linke-thl.de

Schneebesen

Die Einsicht, dass heute morgen schon gestern ist, drängt sich vor allem zum Jahreswechsel auf: Wie schnell rückt ins Vergangene, was gerade noch Gegenwart war? Dabei bleibt mancher Schnee von gestern natürlich erhalten. Die Bahn ins Zukünftige freizuräumen, kann hilfreich sein. Wobei zu bedenken ist, dass manches, was sich Schneebesen nennt, in Wahrheit ein Schaumschläger ist.

Foto: Parlamentsreport

Ein notwendiges Buch

Initiative NSU Watch: Aufklären und einmischen

Das Buch „Aufklären und einmischen“ der Initiative „NSU Watch“ zieht eine Zwischenbilanz der Aufklärung der Morde und Anschläge des „Nationalsozialistischen Untegrund“ (NSU). Das geschieht entlang des im Sommer 2018 beendeten Prozesses gegen das überlebende NSU-Mitglied Beate Zschäpe und mehrere Unterstützer*innen der Nazi-Terror-Gruppe und auf Grundlage der Dokumentation des Prozesses durch die Initiative. Ein notwendiges Buch.

Die Beiträge zeigen Perspektiven und Forderungen der Opfer und ihrer Angehörigen, das Agieren der Nebenkläger*innen, das kritikwürdige Handeln von Bundesanwaltschaft und Gericht, nehmen die Auftritte von Zeug*innen und die Berichterstattung der Medien in den Blick. Auch wiederholt das Buch Thesen zum NSU: Die Gruppe war nicht Trio, sondern Netzwerk; Rassismus und rassistische Mobilisierungen waren Triebkräfte und Bestätigung für die Täter*innen; Geheimdienste, Polizei und Justiz haben bei Fahndung und Aufklärung mindestens weggeschaut; die Stimmen der Opfer und ihrer Angehörigen wurden nie gehört – ihnen wurde teils fälschlich gar Mitschuld zugeschoben und Rassismus verleugnet. Notwendig sind auch die abschließenden Hinweise im Buch, dass der NSU-Komplex noch nicht aufgeklärt ist und antifaschistische Begleitung von Prozessen und die Forderung nach Aufklärung rassistischer Taten unerläßlich sind.

Die Stärke des Buchs ist sein Charakter als Rückblick und fundierte Einführung in den NSU-Komplex – und als Dokumentation der verdienstvollen Arbeit von „NSU Watch“. Doch wer das Thema in den letzten Jahren verfolgt hat, wird nicht viel Neues erfahren. Das Buch wirft Fragen auf, die weiterer Analyse bedürfen.

Zum Beispiel stellen die Autor*innen die Rolle der Bundesanwaltschaft als „Hüterin der Staatsräson“ heraus. Ihr Auftrag sei es gewesen, den NSU zu einem „überschaubaren Kriminalfall“ zu machen. Das wird gut belegt, unter anderem durch die Weigerung des Gerichts, die Rolle der Geheimdienste näher zu untersuchen. Offen bleiben aber Fragen: Wer oder was musste konkret geschützt werden? Auf welchen Wegen und durch wen wurde das durchgesetzt? Sich hier von Verschwörungsideen abzugrenzen tut not. Doch die Fragen, warum konkret im Verfassungsschutz geschreddert und verdunkelt wurde, warum das vorhandene Wissen über den von Spitzeln „umstellten“ NSU nie in Fahndungserfolge mündete oder welche Netzwerke in den Behörden die Staatsräson in persona durchsetzen brauchen weitere Analysen und konkretere Antworten. *Charles Paresse*

NSU Watch: Aufklären und einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess. Berlin 2020, Verbrecher Verlag, 232 Seiten, 18 Euro.

Fortschritt oder Fluch?

Perspektiven der Produktivkraftentwicklung

Alle reden von Digitalisierung. Zu deren Auswirkungen existieren die gegensätzlichsten Spekulationen. Viele Menschen haben Angst. Im Fokus stehen Arbeitsplätze, aber auch Datenkontrolle, zukünftiger Rohstoffverbrauch sowie der Energiezuwachs für die digitale Nutzung. Was an der Digitalisierung von Produktions- und Konsumprozessen ist neuartig im Vergleich zur klassischen Produktivkraftentwicklung, die mit der Dampfmaschine ihren Anfang nahm? Sprengt die Digitalisierung womöglich den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen? Würde das bedeuten, dass der Kapitalismus, analog zu Karl Marx, an seine Grenze stößt?

Diesen Fragen gehen Soziologen, Ökonomen, Informatiker, Ingenieure und Naturwissenschaftler in einem lesenswerten Sammelband nach. Dass hier nur die männliche Form verwendet wird, hat seine Bewandnis darin, dass nur Männer in dem von Heinz-J. Bontrup und Jürgen Daub herausgegeben Band schreiben. Womit die schwerwiegendste Kritik schon geäußert wäre, denn das Buch ist davon abgesehen äußerst lesenswert.

„Wir sind der Überzeugung, dass die Techniklastigkeit des Diskurses über Digitalisierung der Gesamtentwicklung innerhalb einer globalisierten, nur auf Mehrwertschaffung fixierten Ökonomie nicht gerecht wird“, schreiben Bontrup und Daub in ihrer Einführung. Damit ist zweierlei gesagt: Erstens, dass von Technik schweigen sollte, wer über deren gesamtgesellschaftlichen Charakter nichts sagt. „Technikanwendung ist an sich neutral. Sie verliert aber ihre Neutralität und damit ihre Wertfreiheit unter Berücksichtigung des jeweiligen Wirtschaftssystems“, heißt es da. Zweitens rückt die Frage nach den Potenzialen der Produktivkraftentfaltung in den Blick. Was kann das Befreiende an Digitalisierung sein und wie entfesselt man es? Oder geht es nur um „eine weitere erfolgreiche Etappe zur Stärkung der Ordnung, die im Wesentlichen den Kapitaleigentümern dient?“

Um diese Punkte ordnen sich die Beiträge von Gustav Bergmann, Peter Brödner, Florian Butollo, Alex Demirović, Rainer Fischbach, Joachim Paul und Rudi Schmiede an – mal im konstruktiven Dissens, mal in ergänzender Horizonterweiterung, mal aus techniksoziologischer, mal aus philosophischer Perspektive. Man sollte sich von der inzwischen angehäuften Fülle ähnlicher Publikationen zum Thema „Digitalisierung“ nicht abschrecken lassen: In diesem Sammelband lässt sich noch jede Menges Neues lernen. *PR*

Heinz-J. Bontrup / Jürgen Daub (Hg.): Digitalisierung und Technik – Fortschritt oder Fluch? Perspektiven der Produktivkraftentwicklung im modernen Kapitalismus, PapyRossa Verlag Köln 2020, 321 Seiten, 22 Euro.

2020 in Zahlen

Fragen stellen, Anträge einbringen: Was die Abgeordneten der LINKEN im Thüringer Landtag im gerade vergangenen Jahr gemacht haben.

Parlamentsarbeit heißt auch: Informationen gewinnen. Dazu stellen die Abgeordneten und Fraktionen unter anderem Kleine Anfragen, die dann von der Landesregierung beantwortet werden. 2020 hat die LINKE insgesamt 221 solcher Anfragen gestellt – über Nazistrukturen im Freistaat, Probleme der Abwasserversorgung, kommunalpolitische Fragen oder die Brandschutzerziehung. Nicht selten resultieren aus den so gewonnenen Erkenntnissen neue parlamentarische Initiativen, mit denen Probleme behoben und die Lebensverhältnisse in Thüringen verbessert werden sollen.

221

10

In den Fachausschüssen des Landtags werden die Beschlüsse des Plenums vorbereitet sowie Informations- und Kontrollaufgaben des Parlaments wahrgenommen. Bisweilen kommen auch sogenannte Ausschussvorlagen heraus, gemeinsam mit anderen Fraktionen zeichnete die LINKE 2020 für zehn verantwortlich, sie behandelten unter anderem den Arbeitsplan des Verfassungsausschusses.

Gemeinsam mit den Koalitionspartnern SPD und Grünen hat die LINKE im letzten Jahr 26 Entwürfe für neue oder Änderungen an bestehenden Gesetzen in den Landtag eingebracht. Darin ging es unter anderem um Corona-Maßnahmen, die Änderung des Gesetzes über das Petitionswesen oder die der Landeshaushaltsordnung. Auch zum Brand- und Katastrophenschutz oder zu den Freien Schulen wurden Gesetzentwürfe eingebracht.

26

Aktuelle Stunden im Landtag sind die Bühnen für aktuelle Debatten; wobei die Fraktionen den jeweiligen Diskussionsbedarf anmelden können. Im Corona-geplagten Jahr 2020 gab es davon weniger als üblich. Die Linksfraktion meldete Aktuelle Stunde zu den Themen „Für einen neuen Aufbruch Ost in Thüringen“, „Solidarität mit den Beschäftigten der Norma Grou“, zur „Thüringer Lebensmittelproduktion in der Corona-Pandemie“ und zum Thema „Ganztagsschule ausbauen“.

4

34

Durch Mündliche Anfragen können die Abgeordneten im Plenum, also vor der Öffentlichkeit, von der Landesregierung zu bestimmten Fragen kurzfristig Aufklärung und Stellungnahme verlangen. 2020 haben Abgeordnete der LINKEN 34 solcher Anfragen an die Landesregierung gerichtet – unter anderem zu den Corona-Hilfen oder zur Beteiligungen des Freistaats Thüringen an Unternehmen.

Zum Alltag der Parlamentsarbeit gehören zahlreiche Anträge, mit denen zum Beispiel die Landesregierung von einer oder mehrerer Fraktionen gebeten wird, „eine Gesamtstrategie gegen alle Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt zu erarbeiten und umzusetzen“. Insgesamt zählt die Parlamentsdokumentation 125 Anträge, an denen die Linksfraktion mitwirkte – die Themenpalette reichte 2020 vom Meisterbonus über die Parlamentsbeteiligung in Corona-Zeiten, von der Aus- und Fortbildung in der Thüringer Polizei bis zur Stärkung der Digitalisierung an den Schulen des Freistaates.

125